INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG
Die Forschungseinrichtung der Bundesagentur für Arbeit

Online Magazin IAB-Forum

Die deutsche Wirtschaft braucht künftig mehr Fachkräfte aus Drittstaaten

17. Mai 2018 | Johann Fuchs, Alexander Kubis, Lutz Schneider

Schon in wenigen Jahren wird das Erwerbspersonenpotenzial aus demografischen Gründen sinken. Es gibt zwar eine Reihe von Stellschrauben, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. Die Potenziale, die sich damit künftig noch heben lassen, sind allerdings in den meisten Fällen recht begrenzt. So wird die bislang starke Zuwanderung aus anderen EU-Staaten schon in naher Zukunft massiv zurückgehen. Deutschlands Unternehmen müssen daher auch für ausländische Fachkräfte aus Drittstaaten, die hierzulande bislang nur eine untergeordnete Rolle spielen, deutlich attraktiver werden.

Allen Unkenrufen zum Trotz – für die nähere Zukunft deutet wenig darauf hin, dass uns die Arbeit, insbesondere die qualifizierte Arbeit, ausgehen wird. Schon heute suchen viele Unternehmen auch, aber nicht ausschließlich dank der guten Konjunktur, mehr oder weniger händeringend nach

Fachkräften. Die Zahl der offenen Stellen ist derzeit mit rund 1,2 Millionen so hoch wie lange nicht – Tendenz weiter steigend.

Selbst wenn man die Effekte der Digitalisierung berücksichtigt, gibt es keine Anzeichen dafür, dass der Fachkräftebedarf insgesamt zurückgeht. Zudem wird infolge der demografischen Entwicklung der Ersatzbedarf der Unternehmen nach qualifiziertem Personal schon bald weiter steigen. Denn in den kommenden zwei Jahrzehnten werden viele Fachkräfte altersbedingt aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ohne dass diese auch nur annähernd durch jüngere Alterskohorten ersetzt werden könnten, die auf den Arbeitsmarkt nachrücken.

Das Erwerbspersonenpotenzial, das heute bei rund 47 Millionen Personen liegt, würde ohne weitere Zuwanderung und bei unveränderter Erwerbsbeteiligung bis zum Jahr 2060 auf unter 29 Millionen sinken. Kurzum: Aus rein demografischen Gründen wird es bald einen erheblichen Ersatzbedarf geben. Falls Deutschland diese Lücke nicht schließen kann, dürften Betriebe zu entsprechenden Anpassungsmaßnahmen greifen, etwa zu einer verstärkten Automatisierung oder zu Standortverlagerungen. Vor allem werden die sozialen Sicherungssysteme erheblich belastet.

Doch woher sollen die benötigten Fachkräfte kommen? Das Problem: Viele Quellen, die einer Austrocknung des Fachkräftereservoirs entgegenwirken könnten, werden künftig nicht mehr so ergiebig sprudeln wie bislang oder drohen weitgehend zu versiegen.

Die Erwerbsquoten von Frauen und Älteren sind im internationalen Vergleich schon sehr hoch

Richtig ist, dass höhere Erwerbsquoten von Frauen und Älteren dem negativen Trend wahrscheinlich entgegenwirken werden. Allerdings sind deren Erwerbsquoten in Deutschland mittlerweile im internationalen Vergleich schon sehr hoch, so dass nur noch ein begrenzter Spielraum nach oben besteht.

Bereits 90 Prozent der 35- bis 49-jährigen Frauen mit deutscher Nationalität sind derzeit Teil des Erwerbspersonenpotenzials, stehen also dem Arbeitsmarkt prinzipiell zur Verfügung. Nach IAB-Prognosen werden es bis zum Jahr 2060 sogar fast 97 Prozent sein. Unter diesen Umständen würde das Erwerbspersonenpotenzial bis 2060 um drei Millionen Arbeitskräfte weniger sinken als bei konstanten Erwerbsquoten.

Grundsätzlich sind weitere Steigerungsmöglichkeiten der Erwerbsbeteiligung denkbar, insbesondere bei einer „Rente mit 70“, einer vollständigen Angleichung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern oder einer deutlich besseren Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und

Migranten. Unabhängig von der Frage, ob diese Möglichkeiten realistisch sind, ist das zusätzliche Potenzial, das sich dadurch ausschöpfen ließe, ebenfalls begrenzt: Es summiert sich nach Berechnungen des IAB auf maximal 3,2 Millionen weitere Erwerbspersonen. Denkbar wäre zudem, die wöchentliche Arbeitszeit derjenigen Teilzeitbeschäftigten auszuweiten, die dies wünschen. Aber auch dieses Potenzial ist nach Berechnungen des IAB höchst überschaubar.

Nachqualifizierung stößt ebenfalls an Grenzen

Ein weiterer Hebel zur Steigerung des Fachkräftepotenzials besteht darin, Menschen ohne schulische oder berufliche Ausbildung zu qualifizieren. Geringqualifizierte haben es nach wie vor sehr schwer am deutschen Arbeitsmarkt. So lag die Arbeitslosenquote der Personen ohne Berufsabschluss bei knapp 20 Prozent. Es steht also ein Angebot an potenziellen Arbeitskräften zur Verfügung, ohne dass es für sie passende Stellenangebote mit eher geringen Qualifikationsanforderungen gibt.

So richtig die Idee der Nachqualifizierung an und für sich ist – auch sie stößt naturgemäß an Grenzen. Das Gros der Geringqualifizierten ist aus verschiedenen Gründen nur bedingt weiterbildungsaffin. So ist es wenig realistisch, einen Hilfsarbeiter beispielsweise zum Ingenieur zu qualifizieren. Auch Faktoren wie Alter, Gesundheitszustand oder Sprachdefizite können sich hier als Hemmschuh erweisen.

Qualifizierte Zuwanderung ist unverzichtbar

Aus all diesen Gründen benötigt Deutschland nach wie vor qualifizierte Zuwanderung. Ansonsten wird das Erwerbspersonenpotenzial – und damit auch das Potenzial an Fachkräften – auf längere Frist sehr wahrscheinlich stark zurückgehen. Um das Niveau des Erwerbspersonenpotenzials in den kommenden Jahrzehnten auf dem heutigen Niveau zu halten, wäre im Schnitt eine jährliche Nettozuwanderung von mindestens 400.000 Personen erforderlich. Das sind ungefähr doppelt so viele Zuzüge jährlich wie im Durchschnitt der vergangenen Jahrzehnte.

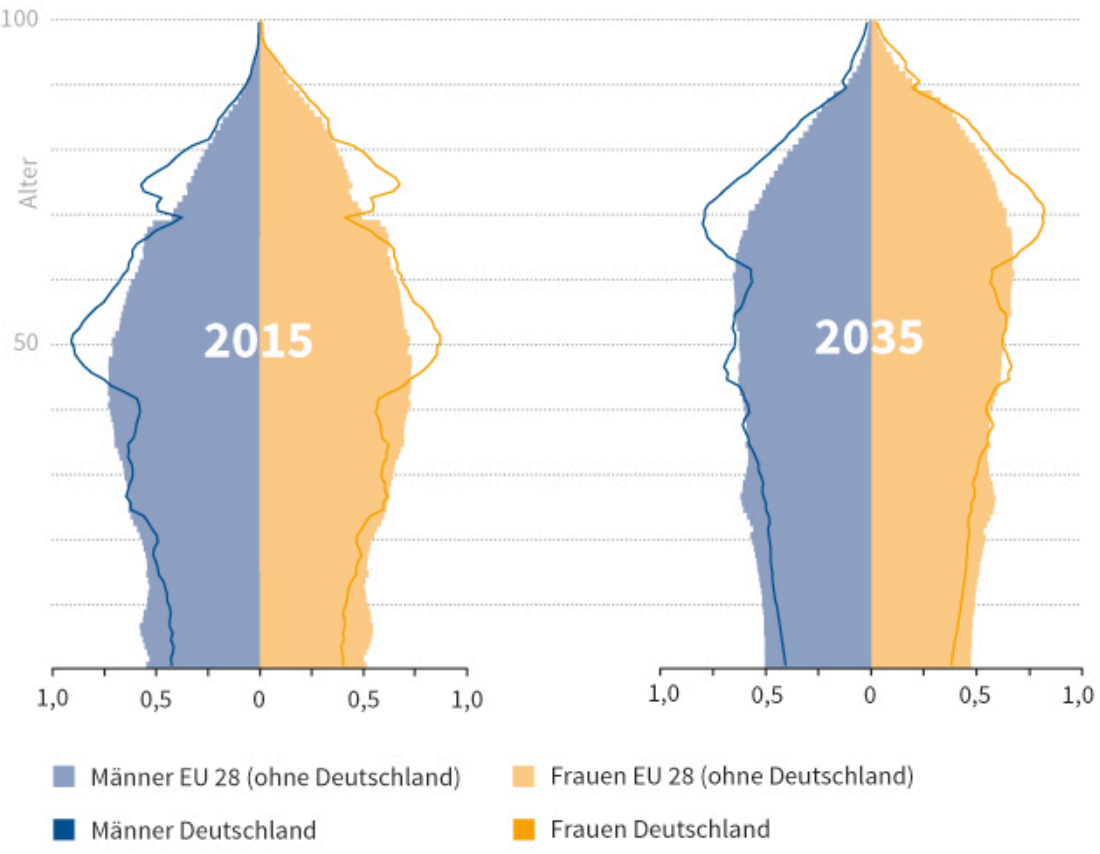
Bei der Zuwanderung aus dem Ausland ist zwischen einer Zuwanderung aus den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU) und einer Zuwanderung aus Drittstaaten zu unterscheiden. Für Migranten aus EU-Ländern gilt grundsätzlich die Freizügigkeit innerhalb der EU, Angehörige von Drittstaaten müssen dagegen bestimmte Voraussetzungen erfüllen.

Die Zuwanderung aus anderen EU-Staaten geht künftig stark zurück

Unseren Schätzungen zufolge werden die gegenwärtig hohen Nettozuzüge aus den vornehmlich süd-, ost- und südosteuropäischen EU-Staaten von derzeit jährlich rund 300.000 Personen sukzessive zurückgehen. Wesentliche Gründe dafür sind die ökonomischen Aufholprozesse zwischen den neuen und den alten Mitgliedsstaaten und vor allem die ungünstige demografische Struktur in den Hauptherkunftsländern der EU-Migranten. Nicht nur in Deutschland, sondern in der EU insgesamt sinkt der Anteil der wanderungsaffinen jungen Bevölkerung, weil auch dort das Durchschnittsalter tendenziell steigt (siehe Abbildung), was die Zuwanderung nach Deutschland abschwächen dürfte.

Abb: Entwicklung der Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland und Europa

Anteile an der jeweiligen Gesamtbevölkerung, in Prozent



Quelle: Fuchs/Kubis (2017), Datenbasis Eurostat. © IAB

Nach der von uns berechneten Basisvariante kann Deutschland über den gesamten Zeitraum zwischen 2015 bis 2050 mit einer durchschnittlichen jährlichen Nettozuwanderung von 62.000 EU-Bürgern rechnen. In einer oberen Variante mit langsamerer ökonomischer Angleichung, die allerdings keine wünschenswerte Entwicklung für Europa wäre, prognostizieren wir für Deutschland

einen durchschnittlichen Wanderungsüberschuss von jährlich 80.000 Personen gegenüber den übrigen EU-Ländern.

Die langfristigen Migrationspotenziale aus anderen EU-Staaten schätzen wir demnach als gering ein. Sie dürften angesichts des massiven, aus demografischen Gründen zu erwartenden Arbeitskräfterückgangs kaum mehr als ein paar Tropfen auf den sprichwörtlichen heißen Stein sein. Auch wenn der Brexit – ob hart oder weich – die innereuropäischen Wanderungsströme verändern und wahrscheinlich zu einer erhöhten Zuwanderung nach Deutschland führen wird, wäre deren Umfang im hier diskutierten Kontext eher als moderat einzuschätzen. Will man dem langfristig prognostizierten Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials wirksam entgegentreten, müsste deshalb eine weitere Zuwanderung verstärkt aus Staaten außerhalb der EU kommen.

Der Zuzug aus Drittstaaten birgt Potenzial

Im letzten Vierteljahrhundert sind in Schüben immer wieder Zuwanderer aus Kriegs- und Krisenregionen nach Deutschland gekommen. Ihre berufliche Qualifikation passte indes oft nicht zum betrieblichen Bedarf. Trotzdem resultiert daraus ein steigender Bestand an Personen, die dem Arbeitsmarkt grundsätzlich zur Verfügung stehen. Die erforderlichen Qualifikations- und Integrationsanstrengungen sind jedoch ungleich höher als bei einer Zuwanderung aus starken, stabilen Industrieländern.

Zuwanderung aus Drittstaaten, die aus beruflichen Gründen erfolgt, spielt hierzulande bislang nur eine untergeordnete Rolle: Sie machte im Jahr 2016 nur 8,5 Prozent der Zuzüge aus Drittstaaten aus. Weitere 8,3 Prozent erfolgten wegen eines Studiums oder einer Ausbildung (einschließlich Schulbesuch und Sprachkurs). Der Wanderungsüberschuss für beide Gruppen belief sich in diesem Jahr auf rund 82.000 Personen. Hier besteht also durchaus ein beachtliches Potenzial, um den langfristigen Fachkräftebedarf zu decken.

Fazit

Auch wenn eine qualifizierte Zuwanderung aus Drittstaaten künftig über ein Zuwanderungsgesetz geregelt werden sollte, bleiben sowohl die Unternehmen als auch die Politik gefordert, die geeigneten Rahmenbedingungen zu schaffen. In den letzten Jahren hat sich zwar viel bei der Anerkennung von schulischen und beruflichen Abschlüssen getan, trotzdem sind viele im europäischen Kontext bereits geklärte Fragen für Angehörige von Drittstaaten noch offen. Insgesamt muss Deutschland als Zielland für ausländische Fachkräfte deutlich attraktiver werden als bisher.

Literatur

Bossler, Mario; Kubis, Alexander; Moczall, Andreas (2017): Neueinstellungen im Jahr 2016: Große Betriebe haben im Wettbewerb um Fachkräfte oft die Nase vorn. IAB-Kurzbericht Nr. 18.

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2016): Migrationsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge im Auftrag der Bundesregierung. Migrationsbericht 2015. Nürnberg.

Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2015): Zuwanderungsbedarf aus Drittstaaten in Deutschland bis 2050. Szenarien für ein konstantes Erwerbspersonenpotenzial unter Berücksichtigung der zukünftigen Erwerbsbeteiligung und der EU-Binnenmobilität. Gütersloh: Bertelsmann.

Fuchs, Johann; Kubis, Alexander; Schneider, Lutz (2017): Immigration und Arbeitsmarkt. Eine Langfristprojektion zur Wirkung von Zuwanderung auf das Arbeitskräfteangebot in Deutschland. (Coburger Reihe, 02), Coburg: Aumann.

Fuchs, Johann; Söhnlein, Doris; Weber, Brigitte (2017): Projektion des Erwerbspersonenpotenzials bis 2060: Arbeitskräfteangebot sinkt auch bei hoher Zuwanderung. IAB-Kurzbericht Nr. 6.

Walwei, Ulrich (2017): Aufwärtsmobilität am Arbeitsmarkt: Wenn nicht jetzt, wann dann? IAB-Forum, 17.08.2017.

Weber, Enzo (2017): Industrie 4.0: Digitalisierung als Herausforderung für den Arbeitsmarkt (Dossier „Digitalisierung“). IAB-Forum, 30.06.2017.

Zitationshinweis

Johann Fuchs; Alexander Kubis; Lutz Schneider (2018): Die deutsche Wirtschaft braucht künftig mehr Fachkräfte aus Drittstaaten , In: Online Magazin IAB-Forum 17. Mai 2018, https://iab-forum.de/die-deutsche-wirtschaft-braucht-kuenftig-mehr-fachkraefte-aus-drittstaaten/, Abrufdatum: 26. May 2026

Lizenzhinweis

Diese Publikation ist unter folgender Creative-Commons-Lizenz veröffentlicht: Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International (CC BY-SA 4.0): https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de